

Bürgerverein will neue Planung

Resolution für schlichte Ampelkreuzung statt Brücke mit zwei Kreiseln beschlossen



Bald geht es richtig rund in Devese: Bislang gibt es einen Kreisell, und zwar am real-Markt. Künftig sollen – wie in der Grafik zu sehen ist – zwei weitere hinzukommen. Doch die Pläne stoßen auf Kritik. Zimmer

Nach der Ratsresolution zur B 3-Ortsumgehung hat der Bürgerverein Devese gestern seine eigene Resolution veröffentlicht. Er fordert: Ampelkreuzung statt Brücke. Das Verkehrsministerium prüft dies, weist aber darauf hin, dass jede Bauänderung ein neues Verfahren nach sich zieht.

VON ANDREAS ZIMMER

DEVESE. Ein autobahnähnliches Kreuz mit zwei Auf- und Abfahrten sowie zwei Kreiseln in Devese – das hält der Arbeitskreis Dorfentwick-

lung des Bürgervereins für überdimensioniert. „Sie erdrückt unser Dorf“, schreibt er in einer Resolution an die hiesigen Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie ans Bundes- und Landesverkehrsministerium. Der Verein hält eine ebenerdige Ampelkreuzung für ausreichend. „Das spart Millionen von Euro, erhält zwei Fußballfelder große Landwirtschaftsfläche und mindert die Belastung von Natur und Deveser Bürgern“, heißt es in der Resolution. Die Planung sei überholt. Die Verkehrszahlen seien vor 13 Jahren hochgerechnet worden.

„Sie werden jetzt in der Realität um über 40 Prozent unterschritten.“ In Nord-Süd-Richtung seien etwa 15 800 Fahrzeuge unterwegs, in West-Ost-Richtung etwa 12 000.

Der Hemminger Rat hatte jetzt eine Resolution verabschiedet, die darauf abzielt, dass der Bau der Ortsumgehung noch in diesem Jahr beginnt. Doch erst muss der Bund das Geld bereitstellen. Die Beratungen über den Haushalt aber dauern an.

Es gebe Signale, dass die Finanzierung möglich sei, sagte Sabine Schlemmer-Kaune, Sprecherin im

niedersächsischen Verkehrsministerium, gestern auf Anfrage – und mit aller Vorsicht. In Berlin spiele das kombinierte Paket Ortsumgehung und Stadtbahnverlängerung eine Rolle. Der Planfeststellungsbeschluss aber sei rechtskräftig. „Jede bauliche Änderung bedarf daher eines neuen Verfahrens“, sagte Schlemmer-Kaune. Dass es dazu kommt, sei nach dem jahrelangen Verfahren eher unwahrscheinlich. Schon 1994 sei der erste Antrag gestellt worden. Unabhängig davon werde natürlich die Resolution aus Devese geprüft.